

Beginn: 10:01 Uhr

Präsident André Kuper: Guten Morgen! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiÙe Sie alle herzlich willkommen zu unserer heutigen, 12. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen. Mein GruÙ gilt auch den Gästen auf der Zuschauertribüne, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien sowie den Zuschauerinnen und Zuschauern an den Bildschirmen.

Für die heutige Sitzung haben sich **fünf Abgeordnete entschuldigt**; die Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Geburtstag feiert heute der Kollege Daniel Hagemeyer von der Fraktion der CDU. Herzlichen Glückwunsch und alles Liebe und Gute!

(Beifall)

Ich rufe auf:

1 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2022 (Nachtragshaushaltsgesetz 2022 – NHHG 2022)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/900

Beschlussempfehlung
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 18/1384

zweite und dritte Lesung

Änderungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 1412 – Neudruck

Änderungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 1413

Änderungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 1414

Änderungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 1415

Änderungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 1416

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/1455

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/1456

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/1457

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/1458

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/1459

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/1460

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/1461

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/1462

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/1463

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/1479

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/1480

Änderungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1481

Änderungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1482

Änderungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1483

In Verbindung mit:

Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes sowie des Landesreisekostengesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/928

Beschlussempfehlung
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 18/1385

zweite Lesung

Ich weise darauf hin, dass die Fraktion der FDP die als Drucksachen 18/1412 – Neudruck – bis 18/1416 veröffentlichten Änderungsanträge zurückgenommen hat.

Damit eröffne ich die Aussprache. Als Erstes spricht für die SPD der Kollege Abgeordnete Herr Zimkeit.

(Beifall von der SPD)

Stefan Zimkeit^{*)} (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde, man sollte mit dem Applaus warten, bis es einen Anlass dazu gibt; ich hoffe, den gibt es dann auch.

(Beifall von der SPD – Beifall und Zuruf von der CDU: Den gibt es ja nicht!)

Die CDU klatscht jetzt. Sie klatschen übrigens auch immer, wenn Ihre Leute nach vorne gehen. Ich gehe also davon aus, dass Sie demnächst darauf verzichten.

(Zurufe von der CDU)

Der bisher vorliegende Nachtrag ist ein Dokument der Tatenlosigkeit in schwierigen Zeiten.

(Beifall von der SPD)

Sie haben hier und heute die Möglichkeit, aus Ihrer Lethargie zu erwachen und diese Tatenlosigkeit zu beenden, indem Sie die notwendigen Hilfen für Menschen, für Betriebe, für Vereine und für Verbände auf den Weg bringen. Die Vorschläge der SPD liegen Ihnen seit Monaten vor und werden seit Monaten diskutiert. Wir werden sie heute noch einmal stellen.

Herr Schick, wenn Sie das, was Sie gestern mit der ausgestreckten Hand gemacht haben, ernst meinen, können Sie solche Hilfen mit uns gemeinsam auf den Weg bringen.

(Beifall von der SPD)

Frau Schäffer von den Grünen hat hier gestern mit fast pathetischen Worten auf die Situation mehrerer Menschen in dieser schwierigen Zeit hingewiesen. Sie hat über eine Alleinerziehende gesprochen, die bereits vorher ihre Energierechnungen nicht bezahlen konnte und jetzt große Probleme hat. Frau Schäffer, Sie haben das richtig beschrieben. Allerdings fehlt Ihrerseits jeder Lösungsansatz.

(Beifall von der SPD)

Wir haben Ihnen hierzu einen Vorschlag auf den Tisch gelegt. Stimmen Sie dem einfach zu! Helfen Sie den Alleinerziehenden und den Rentnerinnen und Rentnern, die Sie auch noch angesprochen haben!

(Beifall von der SPD)

Sie haben eine Unternehmerin beschrieben, die große Probleme hat und um die Existenz Ihres Unter-

nehmens fürchtet. Sie haben auch diese Situation richtig beschrieben. Was sind aber Ihre Lösungsvorschläge? Sie sind nicht vorhanden. Auch hierzu haben wir Ihnen einen Vorschlag auf den Tisch gelegt. Packen Sie dieses Problem gemeinsam mit uns an! Erwachen Sie aus ihrer Tatenlosigkeit!

(Beifall von der SPD)

Sie haben in Ihrer Rede die schwierige Situation und die großen Probleme von Verbänden, Einrichtungen und Vereinen in dieser Energiekrise beschrieben. Was tun Sie? Wo sind Ihre Lösungsvorschläge? Sie sind nicht vorhanden. Heute haben Sie die Gelegenheit, unserem Änderungsantrag im Hinblick auf diese Einrichtungen und Verbände zuzustimmen. Reden Sie hier nicht nur, beschreiben Sie nicht nur Probleme! Packen Sie endlich Lösungen an!

(Beifall von der SPD)

Packen Sie diese Lösungen auch sofort an. Sie haben sich als Begründung, warum Sie im Nachtrag nichts tun, wieder hinter dem Bund und der Frage versteckt, was Bund und Länder noch gemeinsam vereinbaren sollen. Damit unterscheiden Sie sich eklatant von Ihren Parteikollegen zum Beispiel in Niedersachsen und in Berlin, die entsprechende Beschlüsse gefasst haben. In Berlin wurde ein Nachtrag auf den Weg gebracht. Andere Länder können handeln und verstecken sich nicht hinter dem Bund .

(Beifall von der SPD)

Das unterscheidet Nordrhein-Westfalen von Berlin und Niedersachsen, und das geht auf die Kosten der Menschen, deren Lage Sie vorhin beschrieben haben, die in Unsicherheit und Angst leben und die jetzt Hilfe brauchen.

Wir haben im Bund die Situation, dass dort jetzt die Ergebnisse vorliegen. Dabei ist das herausgekommen, was für den Nachtrag vorher klar absehbar war – die Beschlüsse im Bund haben auf den Nachtrag sehr geringe Auswirkungen.

Die Hilfen des Bundes – mit einer Ausnahme, der Dezemberhilfe – kommen, wie immer diskutiert und angekündigt, im nächsten Jahr. Das heißt: Es ist verdammt noch mal Aufgabe des Landes, in diesen Zeiten, in diesem Jahr, wenn die Probleme bestehen und die Menschen genau die Sorgen haben, die Sie beschrieben haben, zu handeln und sie zu unterstützen. Tun Sie das mit uns!

(Beifall von der SPD)

Machen Sie einen Notfallfonds für Leute, die ihre Energiekosten nicht mehr bezahlen können. Lassen Sie uns einen Fonds auflegen, um Vereine und Verbände zu unterstützen. Das ist und bleibt dringend notwendig; und zwar jetzt und nicht erst später.

Die vorliegenden Bundesbeschlüsse haben zwei zentrale Auswirkungen auf den Nachtragshaushalt.

Das sind erstens die Regionalisierungsmittel, deren Erhöhung wir begrüßen. Diese waren schon im Koalitionsvertrag der Ampel vorgesehen und werden jetzt umgesetzt. Das ist gut und richtig.

Der zweite Punkt sind die schon von einer Ministerpräsidentenkonferenz zusammen mit dem Kanzler beschlossenen Mittel für Flüchtlingshilfe – wahrscheinlich 300 Millionen Euro für den Haushalt in NRW noch in diesem Jahr.

Hierzu die eindeutige Aufforderung an Sie: Diese Mittel müssen an die Kommunen gehen. Die Kommunen tragen die Last der Flüchtlingsaufnahme. Das Land hat sich da bisher aus der Verantwortung gestohlen. Deswegen fordern wir Sie auf: Geben Sie diese 300 Millionen Euro komplett an die Städte weiter, die die Unterstützung besonders brauchen.

(Beifall von der SPD)

Wichtig ist auch noch das ÖPNV-Ticket. Das ist richtig und ein grundsätzlich guter Beschluss, aber es bleiben zwei Probleme: Es greift erst ab nächstem Jahr – wir wissen nicht genau, wann –, aber die Leute brauchen jetzt schon Hilfen bei der Mobilität. Deswegen haben wir Ihnen ausdrücklich den Vorschlag vorgelegt, die Ticketkosten für November und Dezember als Entlastung für die Menschen in Nordrhein-Westfalen jetzt zu beschließen. Das kann das Land tun, wenn das Land nicht immer nur die Arme auseinander machen würde, Herr Kollege, sondern endlich mal die Ärmel hochkrepeln und anpacken würde.

(Beifall von der SPD)

Wichtig – als kurzer Blick in die Zukunft zum nächsten Haushalt – ist natürlich der Punkt, dass die 49 Euro für viele Menschen im Land zu teuer sind und mehr sind, als sie jetzt bezahlen. Da ist es im nächsten Jahr Aufgabe des Landes, dafür zu sorgen, dass der ÖPNV auch im Bereich der Jugend- und Sozialtickets erheblich günstiger angeboten wird. Hier liegt auch Ihre Verantwortung. Vielleicht tun Sie da ja endlich etwas.

(Beifall von der SPD – Zuruf von der CDU)

Lassen Sie uns zur Gegenfinanzierung kommen. Es ist keine Frage des Geldes, sondern allein des politischen Willens, ob hier gehandelt werden soll oder nicht. Wir haben Ihnen die Vorschläge vorgelegt. Einer unserer Vorschläge ist, Geld aus der Rücklage zu entnehmen. Lutz Lienenkämper hat immer gesagt: Diese Rücklage ist für Krisenzeiten. – Ja, wann haben wir denn eine Krisenzeit? Jetzt haben wir eine Krisenzeit. Deswegen lassen Sie uns diese Mittel doch jetzt nutzen, um den Menschen zu helfen.

(Beifall von der SPD)

Ein weiterer Vorschlag: Wir stellen die Mittel ein wegen der extremen Anzahl von unbesetzten Stellen. Da ist bisher immer noch keine Besserung eingetreten. Es stellt sich nur die Frage: Wollen Sie diese

zurückfließenden Mittel im Haushalt versickern lassen, oder wollen Sie sie auch zur Hilfe der Betroffenen nutzen? – Wir wollen sie zur Hilfe der Betroffenen nutzen. Machen Sie mit! Das Geld steht zur Verfügung. Lassen Sie es nicht nachher wieder im Haushalt versickern.

(Beifall von der SPD)

Weiter haben wir – da erwarten wir fest die Zustimmung der Grünen – Stellenstreichungen in der Ministerialbürokratie vorgeschlagen. Da standen die Grünen bisher immer an der Spitze der Bewegung, die gesagt hat: Diese Stellen müssen abgebaut werden. Heute stehen die Grünen an der Spitze der Bewegung, solche Stellen in der Ministerialbürokratie wieder neu aufzubauen. Eine solche Geschwindigkeit bei der Änderung von Positionen würden wir uns jetzt auch bei einem Unterstützungspaket für Menschen wünschen und nicht bei einem Unterstützungspaket für Ihre Ministerien.

(Beifall von der SPD)

Sie haben angekündigt, dass dieser Haushalt Ihre Schwerpunkte umsetzt. Schauen wir doch einmal genau hin. Vorsichtig positiv: Verlängerung Alltagsheiferprogramm – allerdings erst im nächsten Jahr. Dann haben Sie die Frage „A13“ angepackt. Es ist richtig, diese anzupacken, wobei aber die GEW sehr deutlich macht, dass es viel zu lange dauert. So lange darf ein solches Stufenpaket nicht dauern. Das ist also nur ein sehr kurzer Sprung.

Weiter haben Sie groß in der Pressekonferenz 200 Millionen Euro für Klimainvestitionen angekündigt. Im Haushalt für dieses Jahr haben Sie dafür plötzlich nur noch ganze 80 Millionen Euro. Wie diese ausgegeben werden sollen, weiß die Landesregierung noch gar nicht. Für ihren eigenen, immer genannten Schwerpunkt „Klimainvestitionen“ hat sie keine Ahnung, wie sie 80 Millionen Euro ausgeben soll. Das lässt tief blicken, was den wirklichen Umgang mit politischen Schwerpunkten angeht.

(Beifall von der SPD)

Hier ist ganz viel mehr Schein als Sein – zum Beispiel bei den zusätzlichen Stellen für die Polizei, die wir auch begrüßen. Die Kritik der Polizeigewerkschaften, dass man im Moment überhaupt nicht in der Lage ist, diese Stellen qualitativ vernünftig zu besetzen, blenden Sie in der Diskussion komplett aus. Das schadet der Polizei, das schadet der Sicherheit. So ist viel Schein und wenig Sein in diesem Nachtrag.

Spannend ist dann noch eine Verpflichtungsermächtigung, die Sie vorgelegt haben. Sie haben für das nächste Jahr 800 Millionen Euro zusätzlich für Tests an Schulen und Kitas eingesetzt – interessanterweise im Bereich der Haushaltsstelle des Rettungsschirms, der sonst immer aus Zuflüssen für den Rettungsschirm gefüllt wird. Im Moment ist der Haushalt 2023 dort mit 800 Millionen Euro in den Miesen.

Ich frage Sie jetzt hier – denn diese Frage wurde im HFA nicht beantwortet –: Planen Sie, diese Mittel aus dem Rettungsschirm, der 2022 enden sollte, in den 2023er-Haushalt für diesen Zweck zu übertragen? – Das wäre ein mieser Haushaltstrick, der sogar illegal wäre. Ich warne Sie davor und erwarte von Ihnen, dass Sie das richtigstellen und deutlich machen, dass Sie das nicht beabsichtigen. Alles andere wäre ein finanzpolitischer Skandal.

(Beifall von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben heute wirklich die letzte Chance, aus Ihrer Tatenlosigkeit zu erwachen und zu handeln, etwas für die Menschen zu tun, etwas für die Wirtschaft zu tun und etwas für die ehrenamtlichen Strukturen zu tun. Stimmen Sie unsere Anträge nicht einfach weg. Meinen Sie es ernst mit der ausgestreckten Hand, und meinen Sie es vor allen Dingen ernst mit der Hilfe für Menschen in Nordrhein-Westfalen! – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Lehne.

Olaf Lehne (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, die daraus resultierenden steigenden Energie- und Lebensmittelkosten, eine Inflationsrate von 10,4 %, die Folgen des Klimawandels sowie die Auswirkungen der Coronapandemie ist die Welt, wie wir sie bisher kannten, aus den Fugen geraten. Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger sind verunsichert. Kostensteigerungen und Preisentwicklungen erscheinen kaum noch kalkulierbar. Eine vorausschauende Planung ist sehr schwierig.

In diesen unsicheren Zeiten obliegt uns Parlamentariern über alle Parteigrenzen hinweg eine enorme Verantwortung bei den Nachtragshaushaltsberatungen. Zahlreiche Unwägbarkeiten, die auch dem Handeln auf Bundesebene geschuldet sind, erschweren das Aufstellen des Nachtragshaushalts. So schränken die mit den Ländern nicht abgestimmten Entlastungsprogramme wie zum Beispiel das Entlastungspaket 3 die finanziellen Handlungsspielräume auch unseres Bundeslandes erheblich ein.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Aber nicht für 2022!)

Trotz dieser Unsicherheiten richten wir als schwarz-grüne Zukunftscoalition unseren haushaltspolitischen Kompass Richtung Solidität, Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit aus. Geld mit der Gießkanne zu verteilen, wie die SPD es in ihren Anträgen fordert, ist mit uns nicht machbar, Herr Zimkeit.

(Beifall von der CDU)

Die von Ihnen vorgelegten Änderungsanträge haben einen Umfang von sage und schreibe 1,2 Milliarden Euro.

(Jochen Ott [SPD]: Stimmt!)

Wir stellen ja nicht in Abrede, dass einige Ihrer Anträge gute inhaltliche Ansatzpunkte enthalten.

(Jochen Ott [SPD]: Och!)

Aber das Problem ist schlicht und einfach: Die SPD-Anträge sind insgesamt nicht seriös gedeckt.

Bereits auf Ihre Anfrage, Herr Zimkeit, hatte das Finanzministerium mitgeteilt, dass noch Unwägbarkeiten bei den Personalausgaben bestehen. Die weitere Entwicklung kann also nicht vorhergesehen werden. Oder haben Sie, Herr Zimkeit, hellseherische Fähigkeiten?

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Sie verplanen Milliarden, als handele es sich um Spielgeld wie bei Monopoly, wie die SPD es leider auch in der Vergangenheit über viele Jahrzehnte getan hat. Doch in der Realität werden Sie mit Ihren Vorschlägen nicht über Los gehen. Wir wissen doch zum jetzigen Zeitpunkt noch gar nicht, ob das von Ihnen munter verplante Geld überhaupt zur Verfügung stehen wird. Somit müssten für Ihre Luftschlösser neue Schulden aufgenommen und die Schuldenbremse ausgehebelt werden. Dies wollen Sie offensichtlich. Die Generationengerechtigkeit scheint Ihnen dabei völlig egal zu sein.

Diese Monopoly-Zockermentalität lehnen wir ab. Auch Ihr permanenter Vorschlag, Rücklagen aufzubrauchen, kann doch nicht die Lösung sein. Wir wissen doch gar nicht, wie lange die Krisen anhalten werden, und sollten daher mit unseren Reserven vernünftig haushalten.

Ähnlich verhält es sich mit den Änderungsanträgen der FDP. Auch Sie verpulvern Millionen und wollen wie die SPD blind Rücklagen aufgebrauchen. Gestern noch kritisierte Ihr Fraktionsvorsitzender hier an dieser Stelle mangelnde Vorsorge im Haushalt 2023. Nur einen Tag später legen Sie Änderungsanträge vor, die unsere Möglichkeiten zur Vorsorge massiv einschränken würden.

Wir als schwarz-grüne Zukunftscoalition halten unseren soliden haushaltspolitischen Kurs bei, was der vorgelegte Nachtragshaushalt eindrücklich beweist.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Wir stellen bereits die Weichen für Investitionen in wichtige Bereiche wie zum Beispiel in Bildung, innere Sicherheit und Klimaschutz. So investieren wir massiv in die innere Sicherheit. Mit unserem Nachtragshaushalt werden die Einstellungen bei der NRW-Polizei noch einmal um 400 junge Anwärterinnen und

Anwärter auf nunmehr 3.000 neue Polizeikräfte erhöht.

Wir setzen ein klares Signal der Wertschätzung und Anerkennung für unsere Lehrerinnen und Lehrer, indem wir bereits mit dem Nachtragshaushalt die schrittweise Anhebung der Eingangsbesoldung auf die Stufe A13 für alle Lehrämter auf den Weg bringen.

Auch das OGS-Helferprogramm „Ankommen und Aufholen“ setzen wir fort. 100 Millionen Euro stehen dafür bereit. Mit weiteren 147 Millionen Euro sorgen wir dafür, dass das Alltagshelferprogramm in unseren Kitas lückenlos im Jahr 2023 fortgeführt werden kann.

Aus der Ukraine geflüchtete Kinder und Jugendliche sollen schnell und unbürokratisch bei uns zur Schule gehen können. Dafür werden wir das Geld für die Einrichtung von 1.000 Lehrerstellen zur Verfügung stellen und planen 8,3 Millionen Euro extra im Haushalt ein.

Um die Landesmaßnahmen für Flüchtlinge und Asylbewerber aufgrund des Krieges in der Ukraine auszuweiten, werden wir mit dem Nachtragshaushalt 2022 mehr als 570 Millionen Euro zusätzlich bereitstellen.

Wir machen Nordrhein-Westfalen zur ersten klimaneutralen Industrieregion Europas. Mit dem Nachtragshaushalt stellen wir in diesem Jahr 80 Millionen Euro und in den Folgejahren weitere 120 Millionen Euro bereit, um Klimaschutzinvestitionen bei den wichtigen Arbeitgebern und Produzenten Nordrhein-Westfalens möglich zu machen. Das alles haben Sie in der Vergangenheit nicht gemacht.

Unsere gemeinsamen Anträge mit den Grünen sichern die Coronatestungen an Kitas und Schulen für 2023 mit einer Verpflichtungsermächtigung ab, die auch nötig ist. Eigentlich schade, dass Sie das im Ausschuss nicht verstehen wollten und sich dementsprechend im Abstimmungsverfahren verhalten haben.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Beantworten Sie die Frage, die ich Ihnen gestellt habe!)

Den Verbraucherzentralen geben wir ebenfalls mit einer Verpflichtungsermächtigung die Sicherheit, dass sie 2023 die Energieberatung wie bisher fortführen können.

Mit einer Haftungsfreistellung gegenüber der NRW.BANK ermöglichen wir Maßnahmen zur Liquiditätssicherung bei den Universitätskliniken.

Mit einem weiteren Änderungsantrag sorgen wir heute dafür, dass die NRW.BANK den Kommunen für ihre kommunalen Versorgungsunternehmen Liquiditätshilfen bis zu einer Gesamthöhe von 5 Milliarden Euro gewähren kann. Dieser Sicherungsschirm wird helfen. Hiermit sichern wir die Handlungs-

fähigkeit der Kommunen und die Energieversorgung der privaten und öffentlichen Haushalte sowie der Unternehmen.

Wir hatten ursprünglich darauf gehofft, dass sich die Vertreter der SPD und der FDP aus diesem Haus in Berlin für eine entsprechende Lösung stark machen.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Das wäre im Rahmen der gestrigen Bund-Länder-Verhandlungen möglich gewesen. Seitens der Bundesregierung war aber leider keine Bereitschaft zu einer klaren, verlässlichen Regelung erkennbar. Sie haben offensichtlich Ihren Einfluss nicht geltend gemacht, weshalb wir nun heute die Initiative ergreifen und einen entsprechenden Änderungsantrag einbringen.

Trotz der enormen finanziellen Belastungen durch die aktuellen Krisen halten wir an unserer nachhaltigen, generationengerechten Haushaltspolitik fest und nehmen keine neuen Schulden auf. Auch in Krisenzeiten handeln wir vorausschauend, vorsorgend und nachhaltig. Dies haben uns auch viele Experten in der Anhörung zum Nachtragshaushalt bescheinigt. Der Sachverständige der Deutschen Polizeigewerkschaft hat es zum Beispiel für den Bereich der inneren Sicherheit so formuliert:

„Mit dem Nachtragshaushalt werden in schwierigen unsicheren Zeiten sensible Bereiche der inneren Sicherheit zum Gemeinwohl der Menschen in NRW gestärkt.“

Mit dem Nachtragshaushalt 2022 setzen wir bereits wichtige Zusagen aus dem Koalitionsvertrag um und investieren schuldenfrei trotz der aktuellen Krisen in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Dem Nachtragshaushalt werden wir daher zustimmen. Zu Ihren Anträgen habe ich das Notwendige gesagt. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege Lehne. – Für die FDP spricht nun der Abgeordnete Herr Witzel.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe den Finanzminister zu Beginn seiner Amtszeit gefragt, welchen Sinn und Zweck dieser Nachtragshaushalt hat und ob er die Aufnahme neuer Schulden beabsichtigt. Seine Antwort von vor zehn Wochen ist nachlesbar in der Landtagsdrucksache 18/514. Er konnte und wollte sich seinerzeit öffentlich zu alledem nicht positionieren, außer der Selbstverständlichkeit, dass er Recht und Gesetz einhalten will.

Wir haben Ihnen nach Amtsübernahme zugleich als konstruktive Opposition versprochen, Ihre Politik

differenziert zu bewerten und Ihnen als Serviceopposition regelmäßig gute Initiativen vorzulegen,

(Lachen von der SPD)

die Sie sich gerne zu eigen machen können, um die Haushalts- und Finanzpolitik zu verbessern. Bei der Grundsteuer haben Sie sich diese einmalige Chance leider fahrlässig entgehen lassen. Sie sollten das heute bei unserem Änderungsantrag nicht wieder tun.

Im Rahmen einer fairen Bewertung begrüße ich zunächst Ihre Entscheidung, keine neuen Schulden aufzunehmen. Das sollte Ihre Richtschnur auch für die kommenden Haushalte dieser Wahlperiode sein. Dafür haben Sie unsere Unterstützung. Die gestrigen Vorschläge der SPD-Landtagsfraktion für einen 30 Milliarden Euro starken Schuldenschirm befürworten wir nicht.

Es gibt aber auch einen Mittelweg zwischen überdimensionierten Spendierhosen auf der einen Seite und Tatenlosigkeit auf der anderen. Zum Nachtrag 2022 wie zum Haushalt 2023 ist festzustellen: Bislang manövriert sich die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen leider ambitionslos und ideenlos durch die größte Krise dieser Nachkriegszeit. Sie verweisen als Problemlöser gerne auf die Bundesregierung, aber Ihre eigenen Beiträge sind mehr als überschaubar oder gar nicht vorhanden.

(Beifall von der FDP)

Sie hätten jetzt die Chance gehabt, in diesem Nachtragshaushalt ein klares überzeugendes Zeichen für die Bürger und Betriebe in unserem Land zu setzen. Sie haben diese Chance vertan.

Als FDP-Landtagsfraktion haben wir Sie mehrfach aufgefordert, dass Sie als Landesregierung im bevölkerungsreichsten Bundesland begleitende eigene Maßnahmen gegen die Energie- und Inflationskrise, zur Vermeidung von Strukturbrüchen und gegen den dauerhaften Verlust unzähliger gut bezahlter Arbeitsplätze in unserem Land auf den Weg bringen.

Die explodierenden Energiepreise gefährden die gesellschaftliche und wirtschaftliche Substanz unseres Landes und sind maßgeblicher Treiber der Inflationsspirale. Wenn Sie in dieser Lage nur auf den Bund verweisen, der bereits Großvolumiges geleistet hat, dann werden Sie Ihrer eigenen Verantwortung nicht gerecht.

Die Landesregierung plant aufgrund von unterjährigen Einsparungen – das sind hauptsächlich nicht benötigte Personalverstärkungsmittel – und Mehreinnahmen, also zusätzlichen Steuern und ergänzenden Bundesgeldern, zum Umgang mit Flucht und Migration eine Neupriorisierung von Haushaltsmitteln im Umfang von 1,2 Milliarden Euro. Ein Großteil dieser Gelder dient der Bewältigung der aktuellen Flüchtlingskrise. 430 Millionen Euro stammen aus

der Steuerverbundmasse dessen, was Sie vereinbart haben. Sie decken zusätzlich Mehrbedarfe an Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Flüchtlinge in Höhe von 574 Millionen Euro ab.

So erforderlich aktuelle Anstrengungen zur Bewältigung des starken Zustroms auch sind, so brauchen wir auch hier eine ehrliche Debatte. Um den gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht zu gefährden, dürfen wir nicht in eine Situation geraten, in der selbst notwendige Hilfen für berechtigt Schutzbedürftige am Ende gegen ebenfalls dringend erforderliche Unterstützungen in der Energie- und Inflationskrise ausgespielt werden.

Nicht zuletzt die organisierten Fluchtbewegungen an der polnischen Außengrenze haben uns allen gezeigt, dass einige Kräfte genau hier die gesellschaftliche Spaltung provozieren wollen. Darum gilt: Zum einen braucht es von der Landesregierung ein ehrliches Bekenntnis zu einer regelgebundenen Asyl- und Migrationspolitik, die auch nicht vor Abschiebungen zurückschreckt, wenn bestimmte Personenkreise ausreisepflichtig sind. Die finanzielle Schlagkraft unseres Staates ist nicht unendlich. Zum anderen gehören in einen ausgewogenen Nachtragshaushalt selbstverständlich auch Maßnahmen, die bei uns in Nordrhein-Westfalen so schnell wie möglich die Energie- und Inflationskrise bewältigen.

An kurzfristig wirksamen Maßnahmen gegen die Energie- und Inflationskrise findet sich im Nachtragshaushalt stattdessen nichts, ausgenommen 100 Millionen Euro, die das Land für eigene gestiegene Heizkosten zurückstellt. Stattdessen sehen wir nur den krampfhaften Versuch, langfristig gedachte ergänzende Mittel zur Transformationsfinanzierung als Reaktion auf die Krise zu verkaufen, was sie in Wahrheit natürlich nicht sind. Wir wissen alle, dass die exemplarisch als Verwendungsbeispiel genannte Förderung von Batteriespeichern aufgrund von aktuell kaum lieferbaren Komponenten kurzfristig keinem einzigen Betrieb weiterhilft und in dieser Form aktuell in diesem Winter keinen einzigen Arbeitsplatz sichert. Viele Unternehmen wissen nicht, ob sie in den nächsten Wochen und Monaten noch weiter existieren. Da brauchen sie aktuell nicht Mittel, die erst in einigen Jahren vielleicht mal für sie wirken werden.

(Beifall von der FDP)

Die Konsequenz Ihrer wochenlangen Untätigkeit ist nun: Der Bund legt noch einmal nach und regelt mit weiteren eigenen 12 Milliarden Euro wesentliche Bereiche, bei denen Sie hätten vorangehen können und sollen:

(Zuruf von der CDU)

ein Härtefallfonds für kleinere und mittlere Unternehmen ist die Brücke, bis die Preisbremse greift, und ein Härtefallfonds für die soziale Infrastruktur, der auch den Einrichtungen in unserem Land natürlich

zugutekommt. Für uns als seriöse Opposition bedeutet dies: Wir ziehen den Teil unserer Änderungsanträge zurück, die entstanden sind, als dies noch nicht bekannt war. Was übrig bleibt, ist Ihre fehlende Unterstützung für die Kommunen. Die Kommunen in Nordrhein-Westfalen stellen sich aktuell einer multiplen Krise mit stark gestiegener Inflation, ausufernden Energiepreisen und dem starken Zustrom von Migranten.

Dort, wo finanzielle Handlungsspielräume ausgereizt und aufgebraucht sind, drohen aufgrund massiv gestiegener laufender Kosten bald geschlossene kommunale Einrichtungen und Sportstätten, ausbleibende Erhaltungsinvestitionen und krisenverstärkende kommunale Abgaben und Steuererhöhungen zur Aufrechterhaltung der kommunalen Aktivitäten. Das kann nicht ernsthaft unser Ziel sein.

(Beifall von Angela Freimuth [FDP])

Genau deshalb, um diese drohenden Szenarien aufzufangen, beantragen wir hier eine kurzfristige Erhöhung der allgemeinen Investitionspauschale im GFG um 50 %. Diese Mittel kommen ganz unmittelbar den Aktivitäten vor Ort zugute. Sie sind allgemein deckungsfähig. Das ist eine wirkliche Hilfe.

(Beifall von der FDP)

Wir haben dabei ausdrücklich im Blick, dass Haushaltspolitik auch in der Perspektive auf solide Finanzen, auf Generationengerechtigkeit und auf Krisenbekämpfung setzt. Das alles ist kein Widerspruch, sondern ein Gebot.

Wir wissen aus Jahrzehnten der Forschung, dass die Inflationserwartung von privaten Haushalten und Unternehmen eine ganz entscheidende Einflussgröße für den weiteren Inflationsverlauf ist. Um die immer weiter steigenden Inflationserwartungen zu senken, braucht es neben einem entschlossenen Zentralbankhandeln auch eine Politik, die mit Augenmaß agiert und die Erwartungen nicht durch achtlose Verschuldungspolitik weiter nach oben treibt.

Die von uns vorgelegte Maßnahme verzichtet daher auf neue Schulden. Zur Deckung dieser kurzfristig enorm wichtigen Krisenmaßnahme schlagen wir stattdessen vor, im Wesentlichen bestehende Mittel aus der Allgemeinen Rücklage zu nutzen. Maßgeblich gespeist wurde die Allgemeine Rücklage aus Steuergeld und Haushaltsverbesserungen früherer Haushaltsjahre.

Wann denn sonst, wenn nicht jetzt in der Krise ist der Zeitpunkt, dieses Geld zum Erhalt des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens zurückzugeben?

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Statt aber auf die Krise aktiv zu reagieren, parkt die schwarz-grüne Landesregierung diese unmittelbar verfügbaren Mittel bislang als Spielgeld für schwarz-

grüne Projekte in kommenden Jahren auf ihrem Rücklagenkonto. So werden die Mittel bereits für Ihren Haushalt 2023 voraussichtlich mit eingesetzt. Sie haben einen Landesanteil für das Entlastungspaket von 3,3 Milliarden Euro zu schultern. Hier sehen wir in Ihrem neu vorgelegten Haushalt noch keinerlei planerisches Handeln und keine Vorsorge.

Sie legen uns heute einen Nachtragshaushalt mit fast 1 Milliarde Euro an Verpflichtungsermächtigungen vor, die in den nächsten Jahren wirksam werden. 750 Millionen Euro haben Sie allein für Coronatests in Schulen und Kitas beschlossen. Das wollen Sie auch in diesem Nachtragshaushalt abdecken.

Mit weitgehender Einigung von Bund und Ländern ist klar, dass im kommenden Haushalt eine große Lücke für die bislang nicht eingepreiste Länderbeteiligung bestehen wird – in einer Milliarden Größenordnung. Jeder Euro wird erforderlich sein. Darum ist für die FDP-Landtagsfraktion selbstverständlich, dass wir Gelder aus der Rücklage nicht achtlos entnehmen wollen.

Allerdings reicht die Rücklage allein nicht aus, um das Delta aufzufangen. Sie müssen also auch eigene strukturelle Maßnahmen entwickeln und eigene Konzepte haben, um Ihren zukünftigen Haushalt für 2023 ins Lot zu bringen.

Sie müssen sich im kommenden Haushalt zwangsläufig auch Einsparungen überlegen. Da hilft es Ihnen nicht, dass dieser Nachtrag bereits mit so vielen Verpflichtungsermächtigungen für das kommende Jahr agiert, beispielsweise im Bereich des Transformationsfonds.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, heute besteht aber für uns alle hier im Hohen Hause die Möglichkeit, den riskanten schwarz-grünen Kurs im Sinne der Menschen in unserem Land zu korrigieren, endlich in Nordrhein-Westfalen sinnvoll auf die Krise zu reagieren und zugleich auch Vorsorge für 2023 zu treffen. Dazu laden wir Sie herzlich ein. Stimmen Sie unserem Änderungsantrag zu. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege Witzel. Für Bündnis 90/Die Grünen hat nun der Abgeordnete Herr Rock das Wort.

Simon Rock (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir leben in herausfordernden Zeiten und sind mit einer Vielzahl von Krisen gleichzeitig konfrontiert – den Krisen, die durch den von Putin befohlenen Überfall auf die Ukraine ausgelöst wurden. Steigende Preise, besonders für Energie, bringen Sorgen mit sich – Sorgen, die in breiten Teilen der Bevölkerung spürbar sind.

In Anbetracht der geltenden Bund-Länder-Finanzbeziehungen ist es vor allem die Aufgabe des Bundes, die Menschen in unserem Land zu entlasten. Selbstverständlich beteiligen wir uns als Land an den Entlastungspaketen des Bundes fair und solidarisch. Das haben wir gestern auch unter Beweis gestellt.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Selbstverständlich werden wir die Bemühungen des Bundes dort sinnvoll ergänzen, wo noch Lücken vorhanden sind. Wir werden niemandem im Regen stehen lassen.

So unterstützen wir unsere Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger in diesen schwierigen Zeiten mit einer Energiepreispauschale. Damit ergänzen wir die Bemühungen der Bundesregierung, die eine Energiepreispauschale noch im Dezember dieses Jahres an alle Rentnerinnen und Rentner auszahlen wird. Wir stellen mit diesem Nachtragshaushalt 70 Millionen Euro zur Verfügung, damit sie jeweils 300 Euro ausgezahlt bekommen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Auch die Energieberatung des Verbraucherschutzes sichern wir für kommendes Jahr ab. Wir setzen jetzt schon das Signal, dass sie fortgeführt wird. Deshalb stellen wir eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 7 Millionen Euro in den Haushalt ein – unerlässlich in diesen Zeiten, in denen wir alle gemeinsam sparsam mit Energie umgehen müssen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Außerdem spannen wir mit diesem Nachtragshaushalt einen Rettungsschirm für unsere Stadtwerke auf. Denn die Stadtwerke stehen angesichts der hohen Volatilität auf den Energiemärkten vor enormen Liquiditätsproblemen. Deshalb stellen wir über unsere Förderbank Liquiditätskredite in Höhe von bis zu 5 Milliarden Euro zur Verfügung. Wir gehen damit einen wichtigen Schritt, um Strom- und Gaspreissperren zu vermeiden.

Auch unseren Universitätskliniken greifen wir mit Kassenverstärkungskrediten in Höhe von 2,5 Milliarden Euro unter die Arme.

Das alles macht deutlich: Diese Koalition handelt.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Viel katastrophalere Folgen als nur steigende Preise hat der Angriff auf die Ukraine natürlich auf die direkt betroffenen Menschen in der Ukraine. Deutschland trägt seinen Teil dazu bei, das Leid der Ukrainer zu lindern. Auch wir in NRW tun unser Bestes. Wir stehen an der Seite der Menschen in der Ukraine, und wir stehen an der Seite der Menschen, die aus der Ukraine fliehen mussten.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Ich bin froh darüber, dass trotz aller Unterschiede in der Sache die große Mehrheit in diesem Haus hinter dieser Aussage steht.

Über den Nachtragshaushalt stellen wir allein aus dem Landeshaushalt weitere 570 Millionen Euro bereit, um aus der Ukraine geflohene Menschen unterzubringen und zu versorgen. Hinzu kommen weitere 430 Millionen Euro an Bundesmitteln, die wir an unsere Kommunen weiterreichen.

(Zuruf von Dr. Ralf Nolten [CDU])

Wir schlagen hierbei im Rahmen eines Änderungsantrags vor, dass die Kommunen diese Pauschalmitel bis Ende 2023 verausgaben können. So geben wir unseren Städten und Gemeinden in NRW mehr Zeit bei der Abwicklung.

Für die aus der Ukraine geflüchteten Kinder schaffen wir 1.000 zusätzliche Stellen an unseren Schulen. So können sie ihre Schulbildung hier fortsetzen, und wir schaffen mit den Schulen einen wichtigen Anker in ihrem Leben, das durch die Gräueltaten Putins zerrüttet wurde.

Die Schulen und Kitas stärken wir zudem durch eine Entlastung der Fachkräfte. Das Alltagshelferprogramm für Kitas und Offene Ganztagschulen hat zu spürbaren Entlastungen der pädagogischen Fachkräfte geführt. So können sich die Fachkräfte auf ihre originären Aufgaben konzentrieren. Wir senden das Signal: Wir werden es über 2022 hinaus verlängern.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Auch die ungleiche Bezahlung der Lehrkräfte werden wir beenden. Mit dem Stufenplan zur Anhebung der Eingangsbesoldung auf A13 lösen wir unser Versprechen für gleichen Lohn für gleiche Arbeit ein. Wer denselben Studienabschluss hat, dieselbe Ausbildung zur Lehrkraft, der hat denselben Anspruch auf Vergütung.

Das ist ein wichtiger Schritt zu mehr Gerechtigkeit an unseren Schulen und auch ein wichtiger Schritt, um hoffentlich mehr junge Menschen davon zu überzeugen, dass es sich lohnt, an unseren Schulen zu unterrichten. Besonders an den Grundschulen brauchen wir engagierte junge Menschen, die den Grundstein unserer Zukunft legen.

Das sehen auch viele Gewerkschaften so. In der Anhörung zum Nachtragshaushalt stellte Stefan Behlau, Vorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung, fest – ich zitiere –:

„Drittens und nicht zuletzt wird es Sie nicht verwundern, dass der VBE NRW den Einstieg in die Anhebung der Lehrkräftebezahlung, der bereits durch den vorgelegten Nachtragshaushalt erfolgen soll, ausdrücklich begrüßt. Nach vielen Jahren folgenloser Ankündigungen erfolgt somit endlich eine Konkretisierung. Das ist gerade in diesen schwierigen Zeiten gut; das ist erfreulich.“

Bei alledem dürfen wir aber nicht außer Acht lassen, dass die größte Krise unserer Zeit, die Klimakrise, nicht auf uns wartet. Wir alle spüren sie bereits jetzt in unserem Alltag. Die sieben heißesten Jahre in Deutschland seit Beginn der Wetteraufzeichnung liegen alle im 21. Jahrhundert. Wir aller erinnern uns noch gut an die Temperaturrekorde in diesem Sommer, an die niedrigen Pegelstände des Rheins, die Teile der Schifffahrt lahmgelegt haben, an die Waldbrände in Europa und auch in Deutschland. Wir müssen jetzt handeln, um noch höhere Folgekosten in der Zukunft zu vermeiden.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Genau das tun wir mit diesem Nachtragshaushalt. Um unseren zum großen Teil auf der Industrie beruhenden Wohlstand zu bewahren und gleichzeitig in eine klimaneutrale Zukunft voranzugehen, stellen wir mit diesem Nachtragshaushalt 80 Millionen Euro für Klimaschutzinvestitionen in der Industrie bereit. Weitere 120 Millionen Euro werden als Verpflichtungsermächtigung für die nächsten Jahre bereitgestellt. Wir gehen einen wichtigen Schritt, um NRW zum ersten klimaneutralen Industrieland zu machen.

Konkret unterstützen wir damit kleinere und mittlere Unternehmen dabei, in klimafreundliche Produktionsprozesse zu investieren. Hier stärken wir auch die Landesgesellschaft NRW.Energy4Climate und erweitern ihre Kompetenzen. Das nützt nicht nur dem Klima, sondern vermindert auch unsere Abhängigkeit von fossilen Energien und Diktaturen.

(Ralf Witzel [FDP]: Wann wirkt das denn?)

Die FDP beantragt, ausgerechnet hier den Rotstift anzusetzen.

(Ralf Witzel [FDP]: Wann wirkt das denn?)

– Wenn Sie sich das einmal anschauen würden, würden Sie feststellen, dass es sich dabei um Selbstbewirtschaftungsmittel nach § 15 Abs. 2 Landeshaushaltsordnung handelt. Als Finanzexperte sollte Ihnen ja auch bewusst sein, was für Implikationen das dann hat.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU – Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Sie wollen also beim Klimaschutz den Rotstift ansetzen. Daran sieht man doch sehr gut, dass es einen entscheidenden Unterschied macht, ob FDP oder Grüne in NRW mitregieren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie wollen beim Klimaschutz sparen. Sie wollen ausgerechnet hier die Axt anlegen. Sie setzen weiter auf fossile Energien und setzen so die Fehlentscheidungen der Vergangenheit fort, die uns erst in diese fatale Lage gebracht haben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es wird Zeit, dem endlich ein Ende zu machen. Gut, dass Sie in NRW nicht mehr den Klimaschutz ausbremsen können!

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Auch die 289 zusätzlichen Stellen in der Landesverwaltung bringen den Klimaschutz in NRW voran. Denn damit beschleunigen wir Planungs- und Genehmigungsverfahren, beispielsweise beim Bau von Windenergieanlagen,

(Jochen Ott [SPD]: Oh, da bin ich aber gespannt!)

die wir gerade heute so dringend brauchen und die in der Vergangenheit aus ideologischen Gründen so stark ausgebremst wurden.

Und auch dort, wo wir mit unseren Klimaschutzmaßnahmen zu spät kommen, handeln wir. Wir stärken direkt zu Beginn der Legislaturperiode den Katastrophenschutz, das Krisenmanagement und die zivile Alarmplanung.

Diese Regierungskoalition handelt so, wie es die Zeiten erforderlich machen. Ich bin froh, dass auch die kommunale Familie diese Einschätzung offenkundig teilt. Benjamin Holler vom Städtetag NRW sagte beispielsweise in der Sachverständigenanhörung mit Bezug auf den Überfall Russlands auf die Ukraine, auf die Coronakrise und auf die Klimakrise – ich zitiere –:

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

„All diese Punkte findet man im Nachtragshaushalt wieder. Man sieht, Sie wollen die Mehreinnahmen nutzen, um sich auf die mehrfachen Krisen einzustellen. Das ist gut.“

(Stefan Zimkeit [SPD]: Dann lesen Sie doch mal die Kritik des Städtetages vor!)

– Ja, ich habe ...

(Stefan Zimkeit [SPD]: Ja!)

– Ja, es mag ja sein ...

(Lachen von der SPD – Stefan Zimkeit [SPD]: Die blenden Sie komplett aus!)

– Ja, regen Sie sich doch nicht auf.

Am Ende des Tages steht hier ein solider Nachtragshaushalt zur Abstimmung, der zum einen die Krisen der Zeit erkannt hat und diesen begegnet und zum anderen über den Tellerrand der Krisen schaut und dringend notwendige Investitionen in die Zukunftsfähigkeit von Nordrhein-Westfalen anstößt.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Rock. – Für die AfD spricht Herr Dr. Beucker.

Dr. Hartmut Beucker* (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren! Aus dem Kunstunterricht wissen wir, dass es Feingefühl benötigt, Schwarz zu mischen. Bei Unachtsamkeit schlägt der Schwarzton zu schnell um, und es kommt zu einem zweifelhaften Ergebnis.

Auch ein Haushalt ist eine Art Kunstwerk. So sind wir heute hier quasi in der Legislativausstellung von Nordrhein-Westfalen. Unsere Aufgabe ist es, ein 900-Millionen-Euro-Gemälde in Form eines Nachtragshaushaltes zu beurteilen.

Mein Vorabfazit: Der Maler ist unachtsam mit der grünen Farbe umgegangen. Der Schwarzton ist bis zur Unkenntlichkeit entstellt. Der grüne Aktivismus klebt auch an diesem Gemälde.

Dieses Kunstwerk lässt leider nichts Gutes für die finanzielle Zukunft dieses Landes erwarten. Wir ahnen jetzt schon, wer in den kommenden viereinhalb Jahren im Haushaltsbereich den Pinsel führen wird. Dabei warnte der CDU-Parteivorsitzende Merz unlängst davor, dass man sich nicht in die Geiselnhaft der Grünen begeben dürfe. Die CDU hier in NRW allerdings hat das wohl offensichtlich gern und voller Verve getan.

Bei den drei Schwerpunkten, die Herr Ministerpräsident Wüst bei der Präsentation des Haushaltes erwähnte, fehlt leider der Schwerpunkt „Wirtschaft und Entwicklung“. Dieser Schwerpunkt musste offensichtlich dem Klimaschutz weichen.

Dafür werden viele schöne neue Stellen in den Ministerien geschaffen. Es ist gewiss für jedermann nachvollziehbar, dass Vertrauenspositionen neu besetzt werden müssen, wenn ein Ministerwechsel vollzogen wird. Warum aber in Ministerien, bei denen der Minister nicht gewechselt hat, Stellen mit der Begründung „Regierungswechsel“ geschaffen werden, erschließt sich niemandem. Die Vermutung liegt nahe, dass hier verdiente Parteigänger versorgt werden sollen.

Beim Herunterwirtschaften des Landes mit grüner Planwirtschaft braucht die Regierung also offensichtlich mehr Bürokratie. Die schafft sie mit 54 neuen Stellen im Ministerialbereich. Dabei ist bereits jetzt eine Vielzahl von Stellen nicht besetzt: Die Besetzungsquote liegt nur bei bescheidenen 93 %. Hier sollte sich die Regierung eher einmal des vorhandenen Pools bedienen und gegebenenfalls die Mitarbeiter umsetzen.

Für fragwürdig halten wir auch den Einstieg des Landes in einen Einheitslohn für Lehrer, welcher gleiche Bezahlung für ungleiche Arbeit vorsieht. Folgerichtig gibt es schon die ersten Töne, welche nun Besoldungsgruppe A14 für Gymnasiallehrer fordern.

In diesem Nachtragshaushalt findet sich leider nichts zum Thema „Haushaltssolidierung“. Normalerweise befragen Sie zu solchen Themen gerne irgend-

welche Nichtregierungsorganisationen. In der Anhörung war die einzige NGO der Steuerzahlerbund. Dessen Votum haben Sie an dieser Stelle glatt ignoriert. Da zeigt sich nun, was Ihre Hochschätzung von NGOs ist. Die werden nämlich nur beachtet, wenn deren Meinung mit Ihrer übereinstimmt.

Wir allerdings schließen uns der Kritik des Steuerzahlerbundes hinsichtlich der Haushaltskonsolidierung an und stellen fest, dass der Landesrechnungshof das genauso sieht.

Leider hat das Land NRW in der letzten Wahlperiode nicht ausreichend die Chance genutzt, sich nachhaltig zu entschuldigen. Nun befinden wir uns in einer Phase steigender Zinsen, um der Inflation wieder halbwegs Herr zu werden.

Die ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen werden nicht leichter. Irgendwann kann auch in diesem Lande einmal der Punkt erreicht werden, an dem wir das alles nicht mehr zahlen können – vor allem, wenn die Grünen die Deindustrialisierung in Deutschland vorantreiben und die übrigen Parteien dabei gerne mithelfen. Nur: Was passiert denn, wenn die Industrie weg ist? Dann brechen Steuern weg, und die Schulden bleiben. Es ist aber niemand mehr da, der sie bezahlen kann.

Es ist doch wirklich bezeichnend, dass im Nachtragshaushalt 2022 die Einnahmen aus der Umsatzsteuer steigen, die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer aber sinken. Das zeigt, dass dieser offensichtlich von Aktivisten regierte Staat auch noch von der Inflation profitiert.

Es ist per se richtig, wenn Abgeordnete nicht nach ideologischen Gesichtspunkten abstimmen, sondern ausschließlich über die Sachfrage. Sinnvolle Vorschläge sollten nicht einfach abgelehnt werden, nur weil sie von der vermeintlich falschen Fraktion eingereicht werden. Nur: In diesem Hause ist das Sinnvolle nicht zu erwarten, wenn es um den Parteienproporz geht.

Ich vermute, in diesem Hause hat niemand die Erhöhung der Kommissaranwärterstellen von 2.600 auf 3.000 durch die Landesregierung im Nachtragshaushalt kritisiert. Dieses zusätzliche Personal ist dringend nötig. Aber warum haben Sie dann alle nicht unserem Änderungsantrag Ende 2021 in den eigentlichen Haushaltsberatungen zugestimmt? Dann wäre es sicherlich wesentlich leichter gewesen, diese Stellen auch adäquat zu besetzen, als jetzt in der Kürze der Zeit.

Dazu lag von uns ein durchdachtes Paket zur Schaffung der notwendigen Ausbildungskapazitäten und auch zur Attraktivierung des Polizeidienstes im Bereich des Zulagenwesens vor – zudem alles ordentlich gegenfinanziert. Da zeigt sich: Wir sind eine konstruktive Opposition in Haushaltsfragen. Der

beste Service, den die anderen Fraktionen dem Land erweisen können, ist, uns häufiger zu folgen.

(Beifall von der AfD)

Der Aufbau der Stellen bei der Polizei bleibt auch das einzig Lobenswerte in diesem Nachtragshaushalt. Sie lassen sich auch noch dafür feiern, dass Sie kein Geld aus dem Coronasondervermögen nehmen müssen, um Steuerausfälle zu kompensieren. Das können Sie aber nur, weil die Inflation das Volk kalt enteignet.

Diesem Nachtragshaushalt können wir aus den vorgetragenen Gründen nicht folgen. Bedauernswerterweise scheint das auch alles im Haushalt 2023 so weiterzugehen.

Zum Schluss: Die Änderung des Landesreisekostenrechtes finden wir richtig, wenngleich auch hier wieder gilt, dass Ihre schlechte Energiepolitik die Anhebung der Kilometerpauschale überhaupt erst erforderlich gemacht hat. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Dr. Beucker. – Für die Landesregierung spricht nun der Finanzminister, Herr Dr. Optendrenk.

Dr. Marcus Optendrenk, Minister der Finanzen: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich zunächst bei allen Beteiligten hier im Parlament, aber auch bei den Kolleginnen und Kollegen des Kabinetts dafür, dass wir heute nach kurzer Zeit einen Nachtragshaushalt 2022 in zweiter und dritter Lesung und damit abschließend beraten können.

Ich weiß, dass Haushaltsberatungen in einem Wahljahr immer eine Zumutung für das Parlament sind. Deshalb bedanke ich mich umso mehr dafür, dass Sie sich dieser Zumutung unterzogen haben. Wir werden in normalen Jahren auch normale Pläne haben. Die Landesregierung wird – das habe ich gestern schon gesagt – insbesondere darauf achten, dass Sie ausreichend Zeit für normale Beratungen haben.

Andererseits sind wir es den Bürgerinnen und Bürgern auch schuldig, in schwierigen Zeiten Handlungsfähigkeit zu beweisen. Unser Ziel ist ein Staat, der für die Menschen da ist, ein Staat, dem die Menschen vertrauen, ein Staat, der schlicht und ergreifend funktioniert und Wege in die Zukunft weist.

Er muss dort leistungsfähig sein, wo er in den Krisen besonders gebraucht wird. Er muss aber auch dort Leistungsfähigkeit zeigen, wo es um die Interessen der nächsten Generationen geht. Deshalb kommt auch dieser Nachtragshaushalt 2022 weiterhin ohne neue Schulden aus.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Wir haben in diesem Nachtragshaushalt mit gezielten Investitionen in Klimaschutz, Bildung, Sicherheit und Gesundheit natürlich auch über den Tag hinaus gedacht. Bei alledem gehen wir verantwortungsvoll und sorgfältig mit dem Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler um.

Wir justieren in den Kernbereichen „Bildung“, „Sicherheit“ sowie „Schutz von Schöpfung und Klima“ nach. Ich darf Ihnen die wesentlichen Punkte noch einmal zusammengefasst kurz vortragen.

Wir halten beim Thema „Bildung“ unser Versprechen, die Eingangsbesoldung schrittweise für alle Lehrämter auf die Stufe A13 anzuheben. Damit beenden wir einen jahrelangen Konflikt auch in diesem Hause, und wir beenden die Unsicherheit für alle Betroffenen.

(Beifall von der CDU, Wibke Brems [GRÜNE] und Verena Schäffer [GRÜNE])

Nordrhein-Westfalen soll für leistungsbereite Nachwuchskräfte attraktiver werden; denn davon profitieren auch unsere Kinder und Jugendlichen. Deshalb ist das eine von vielen Maßnahmen zur Verbesserung der Stellenbesetzungssituation in den Schulen.

Mit der Veranschlagung von Verpflichtungsermächtigungen stellen wir außerdem die Weichen dafür, dass die wichtigen Programme im Schulbereich – „Ankommen und Aufholen“ – sowie im Bereich der Kindertageseinrichtungen – Alltagshelferprogramm – in 2023 lückenlos fortgeführt werden können. Sie haben aus dem Haushaltsentwurf 2023 erkennen können, dass die Landesregierung dort die Weichen entsprechend gestellt hat.

Ich komme zum Thema „Sicherheit und Zukunftsvorsorge“. Wir alle erinnern uns an die Flutkatastrophe vom 14. und 15. Juli 2021. Wir erinnern uns auch daran, dass wir uns an vielen Stellen bei Waldbränden und bei ähnlichen Katastrophen die Frage gestellt haben, ob das ausreicht, was der Staat tut. Wir schaffen deutlich mehr Stellen für diesen Bereich, damit die öffentliche Hand und der Staat sich vorbereiten können, damit der Staat Handlungsfähigkeit herstellt, damit der Staat die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger besser gewährleisten kann.

(Beifall von der CDU)

Wir stellen Geld für Transformationsprozesse im Bereich „Klimaanpassungen und Energiewende“ bereit.

Wie vorhin schon angedeutet wurde, stellen wir zusätzlich 400 Einstellungsermächtigungen zur Erhöhung der Zahl der Polizeianwärter auf 3.000 schon in diesem Jahr zur Verfügung. Da der Auswahlprozess für die übrigen 2.600 bereits angelaufen ist, bin ich zuversichtlich, dass der Innenminister diese Ermächtigung noch in 2022 umsetzen kann, wenn der Haushalt heute so verabschiedet wird.

Schutz der Schöpfung und des Klimas: Es werden 200 Millionen Euro zusätzlich für die Finanzierung von Klimaschutzinvestitionen für die nordrhein-westfälische Industrie bereitgestellt, die zur Reduzierung des Energieverbrauchs zum Teil sehr schnell handlungsfähig werden muss. Hinzu kommt häufig die Schwierigkeit, schnell genug Liquidität von den Banken zu bekommen. Auch hier sind Zuschüsse wichtig und sinnvoll.

Unser Ziel bleibt es, Nordrhein-Westfalen zur ersten klimaneutralen Industrieregion Europas zu machen. Das haben wir fest im Blick.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Ich kürze es ab, weil es ebenfalls schon von mehreren Rednern angesprochen wurde, sage es aber dennoch ganz bewusst: Die Finanzierung von Mehrbedarfen in Höhe von 570 Millionen Euro im Bereich der Asylbewerber und der Bürgerkriegsflüchtlinge, insbesondere aufgrund des Ukraine-Kriegs des russischen Präsidenten, ist selbstverständlich nur ein kleiner Teil zur Bewältigung dieser humanitären Katastrophe. Da muss viel Menschliches und Organisatorisches hinzukommen. Wir stellen in diesem Nachtragshaushalt aber die Weichen dafür, dass es zumindest am Geld nicht scheitert.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Wenn ich mir die fast phrasenhaften Ankündigungen der Opposition aus den vergangenen Wochen zu der Frage, was wir denn tun würden, um die Probleme zu lösen, anhöre und gleichzeitig sehe, dass der Einsatz in Berlin offenbar sehr begrenzt war, muss ich sagen: Herr Witzel, ich würde gerne an dieser Stelle lieber das Serviceangebot annehmen, uns dabei zu unterstützen, Landesinteressen und Interessen der kommunalen Energieversorger wahrzunehmen und in Nordrhein-Westfalen vernünftige Absicherungen zu erreichen.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Das, was gestern in Berlin als Kompromiss verabschiedet worden ist – nämlich, dass über KfW-Mittel irgendwann mal etwas passieren könnte –, ist genau der Grund, aus dem die Koalitionsfraktionen heute völlig zu Recht kurzfristig einen Änderungsantrag zur Absicherung über die NRW.BANK mit 5 Milliarden Euro Haftungsfreistellung durch den Landtag Nordrhein-Westfalen und durch das Land stellen.

Ich wäre froh gewesen, wenn all diejenigen, die uns immer sagen: „Ihr müsst mit Landesgeld mehr tun“ – gestern Herr Kutschaty, heute Sie –, sich genauso energisch bei ihren Leuten in Berlin – bei Herrn Scholz, bei Herrn Lindner – dafür eingesetzt hätten, dass die Leute hier nicht auf der Strecke bleiben und die berechtigten Interessen wahrgenommen werden können.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Stefan Zimkeit [SPD]: Nicht bei Herrn Habeck? – Ralf Witzel [FDP]: 200 Milliarden Euro!)

Ich sage es noch einmal, weil es hier offenbar immer noch nicht angekommen ist und das pädagogische Mittel der Wiederholung offensichtlich gerade auch für Sie erforderlich ist:

(Lachen von der SPD – Kirsten Stich [SPD]: Unglaublich!)

Der Bund ist für Konjunktur- und Wirtschaftspolitik zuständig, und zwar freiwillig. Wenn er diese Aufgabe nicht mehr wahrnehmen will, dann soll er einen Vorschlag für eine Grundgesetzänderung machen.

(Thorsten Klute [SPD]: Der Wirtschaftsminister!)

Bis dahin ist er für die Finanzierung der Ausgaben in der Konjunktur- und Wirtschaftspolitik primär zuständig.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Wenn Sie sagen, stattdessen sollten wir das tun, verkennen Sie die Zuständigkeitsordnung des Grundgesetzes. Dafür ist die Finanzmasse nicht vorgesehen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Mindestens als Parteien verschleiern Sie damit gegenüber den Menschen, die sich Sorgen machen,

(Jochen Ott [SPD]: Kümmern Sie sich einfach um Ihre Zuständigkeiten! Dann wäre schon viel geholfen!)

absichtlich, dass Zuständigkeiten dort liegen, wo Sie in politischer Verantwortung stehen, nämlich in Berlin, und versuchen stattdessen, es uns hier vor die Füße zu kippen. Das ist unredlich.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Jochen Ott [SPD]: Dann sorgen Sie mal für Ihre Zuständigkeiten! Das ist doch ein Witz! Lächerlich! – Weitere Zurufe von der SPD)

Wir machen unsere Hausaufgaben. Sie haben es auch im Haushaltsentwurf 2023 gesehen. Wir richten zusätzliche Stellen für die Beschulung von aus der Ukraine geflüchteten Kindern und Jugendlichen zur Verfügung, und zwar 2.154 im Haushaltsentwurf 2023 und schon jetzt 1.000 im Nachtragshaushalt.

(Nadja Lüders [SPD]: Ja, Stellen!)

Wir stellen uns der Verantwortung für das, wofür wir zuständig sind.

(Jochen Ott [SPD]: 1.000 Stellen, die nicht besetzt sind! Wunderbar! Das ist eine unglaubliche Leistung!)

Nehmen Sie dann bitte die Aufgabe wahr, dass Sie sich im politischen Diskurs in Berlin bei Ihren Parteifreundinnen und -freunden dafür einsetzen, dass die

Interessen der Menschen in Nordrhein-Westfalen angemessen wahrgenommen werden.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Ansonsten ist Ihre Kritik hier sehr wohlfeil.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Jochen Ott [SPD]: Solche Reden sind wohlfeil!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit dem Gesetz über die Feststellung dieses Nachtragshaushaltes haben Sie auch abschließend über das Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes sowie des Landesreisekostengesetzes zu beraten.

Im Besoldungsgesetz erfolgen, wie Sie in den Beratungen festgestellt haben, eher punktuelle Korrekturen.

Was mir aber besonders wichtig ist: Es gibt bei der Wegstreckenentschädigung eine Anhebung um immerhin 5 Cent, zunächst befristet auf zwei Jahre, für diejenigen, die ein privates Fahrzeug im dienstlichen Interesse nutzen. Nach allen Berechnungen, die immer sehr stark an den Interessen derjenigen, die es nutzen, orientiert sind, ist dies eine Anhebung, die dafür sorgt, dass diese Menschen ihren Wagen nicht einfach stehen lassen müssen.

Damit schaffen wir Fairness gegenüber den Landesbediensteten vor dem Hintergrund der aktuellen Preisentwicklung. Auch hierzu bitte ich um Ihre Zustimmung.

Gestatten Sie mir noch einen abschließenden Hinweis dazu: Wie das Ministerium der Finanzen haben auch Sie bestimmt aus Ihren Wahlkreisen in den letzten Wochen zahlreiche Zuschriften erhalten mit der Frage, wann das Land die Energiepreispauschale für seine pensionierten Beamtinnen und Beamten auszahlen wird. Ich freue mich, dass ich Ihnen heute mitteilen kann, dass mit dem regulären Dezemberlauf der Besoldung die Energiepreispauschale schon zum 1. Dezember ausgezahlt werden kann. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Christof Rasche: Herzlichen Dank, Herr Minister. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Somit sind wir am Ende der Aussprache.

Wir kommen zu einigen Abstimmungen. Es liegen einige Änderungsanträge vor, die ich jetzt einzeln aufrufe.

Änderungsantrag Drucksache 18/1455 der SPD-Fraktion: Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das sind die SPD-Fraktion und die AfD-Fraktion. Wer ist dagegen? – Grüne und CDU-Fraktion. Wer enthält sich? – Die FDP-Fraktion. Der Antrag ist mit diesem Ergebnis **abgelehnt**.

Wir kommen zum **Änderungsantrag Drucksache 18/1456** von der SPD. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das sind die SPD-Fraktion und die AfD-Fraktion. Wer lehnt diesen Antrag ab? – Die Fraktionen von Grünen, CDU und FDP. Enthaltungen? – Gibt es nicht. Somit ist auch dieser Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zum **Änderungsantrag Drucksache 18/1457** von der SPD-Fraktion. Wer stimmt zu? – Die SPD-Fraktion und die AfD-Fraktion. Wer lehnt ihn ab? – Grüne und CDU. Wer enthält sich? – Die FDP-Fraktion. Somit ist auch dieser Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zum **Änderungsantrag Drucksache 18/1458** von der SPD. Wer stimmt zu? – Das ist die SPD-Fraktion. Wer lehnt ab? – Grüne, CDU, FDP und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Somit ist auch dieser Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zum **Änderungsantrag Drucksache 18/1459** von der SPD. Wer stimmt zu? – Das ist die Fraktion der SPD. Wer lehnt ab? – Grüne und CDU. Wer enthält sich? – FDP und AfD. Somit ist auch dieser Antrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag Drucksache 18/1460, Antragsteller SPD: Wer stimmt zu? – Die Kollegen der SPD. Wer lehnt ab? – Die Kollegen von Grünen, CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die AfD enthält sich. Somit ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag Drucksache 18/1461 der SPD-Fraktion: Wer stimmt zu? – Das ist die SPD. Wer lehnt ab? – Grüne, CDU und FDP. Wer enthält sich? – Das ist die AfD-Fraktion. Dieser Antrag ist **abgelehnt**.

Wir kommen zum **Änderungsantrag Drucksache 18/1462**, Antragsteller SPD-Fraktion. Wer stimmt zu? – Die SPD und die AfD. Wer lehnt ab? – Die Grünen und die CDU. Wer enthält sich? – Die FDP. Somit ist der Antrag mit diesem Ergebnis **abgelehnt**.

Zum letzten Antrag der Fraktion der SPD, **Änderungsantrag Drucksache 18/1463**: Wer stimmt diesem Antrag zu? – Die SPD-Fraktion. Wer lehnt ab? – Grüne und CDU. Wer enthält sich? – FDP und AfD. Der Antrag ist somit **abgelehnt**.

Wir kommen zum **Änderungsantrag Drucksache 18/1479**, Antragsteller sind die Fraktionen CDU und Grüne. Wer stimmt diesem Antrag zu? – SPD, Grüne, CDU und FDP. Wer lehnt ab? – Niemand. Wer enthält sich? – Die AfD. Somit wurde diesem Antrag **zugestimmt**.

Zum **Änderungsantrag Drucksache 18/1480**, Antragsteller CDU und Grüne. Wer stimmt diesem Antrag zu? – SPD, Grüne, CDU und FDP. Wer ist dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Die AfD-Fraktion. Somit ist auch dieser Antrag **beschlossen**.

Wir machen weiter mit dem **Änderungsantrag Drucksache 18/1481** der FDP-Fraktion. Wer stimmt hier zu? – Die FDP und die AfD. Wer lehnt ab? –

SPD, Grüne und CDU. Somit ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zum **Änderungsantrag Drucksache 18/1482**, Antragsteller ist erneut die FDP. Wer stimmt zu? – SPD und FDP. Wer lehnt ab? – Grüne, CDU und AfD. Somit ist dieser Antrag **abgelehnt**. – Entschuldigung. Gibt es Enthaltungen? Manchmal bekommt man hier oben als Präsident sehr wertvolle Hinweise. Danke schön. – Es gibt keine Enthaltungen. Das Ergebnis ändert sich also nicht.

Wir kommen zum **Änderungsantrag Drucksache 18/1483**, Antragsteller FDP. Wer stimmt zu? – Die FDP und die SPD. Wer lehnt diesen Antrag ab? – Die Grünen, die CDU. Wer enthält sich? – Die AfD. Im Ergebnis ist auch dieser Antrag **abgelehnt**.

Das waren die einzelnen Anträge.

Wir kommen zur Abstimmung des Gesetzentwurfes Drucksache 18/900. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf in der geänderten Fassung, also unter Berücksichtigung der Anträge, die wir gerade beschlossen haben, anzunehmen. Wer stimmt zu? – Das sind die Fraktionen von CDU und Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, FDP und AfD. Wer enthält sich? – Keine Enthaltung. Somit ist dieser **Gesetzentwurf Drucksache 18/900 beschlossen**.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Kommen wir zum **Gesetzentwurf Drucksache 18/928**. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf in der Fassung seiner Beschlüsse anzunehmen. Ich weise darauf hin, dass sich durch Annahme der Beschlussempfehlung auch der Titel des Gesetzentwurfs verändert hat. Wir kommen damit zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung und nicht über den Gesetzentwurf. Wer stimmt zu? – CDU, Grüne, AfD und FDP. Wer lehnt ab? – Keine Ablehnung. Wer enthält sich? – Die SPD-Fraktion enthält sich. Somit ist auch dieser Gesetzentwurf **beschlossen und verabschiedet**.

Jetzt kommen wir zur dritten Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung Drucksache 18/900, Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2022, Nachtragshaushaltsgesetz 2022. Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, die in § 78 Abs. 1 unserer Geschäftsordnung vorgesehene dritte Lesung unmittelbar anschließend dritte durchzuführen. Es gilt weiterhin die Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses, die dieser ausdrücklich zur zweiten und dritten Lesung abgegeben hat.

Da eine Aussprache in der **dritten Lesung** nicht vorgesehen ist, kommen wir direkt zur Abstimmung über den Gesetzentwurf in der Fassung nach der zweiten Lesung, wie gerade beschlossen. Hier handelt es sich um die Schlussabstimmung gemäß § 78 Abs. 3

unserer Geschäftsordnung. Ich darf Sie fragen: Wer stimmt dem zu? – Das sind die Fraktionen von CDU und Grünen. Wer lehnt ab? – Das sind die Fraktionen von SPD, FDP und AfD. Somit ist dieser **Gesetzentwurf Drucksache 18/900 so beschlossen, angenommen und verabschiedet**. Offensichtlich ist das wichtig für das Protokoll.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Heiterkeit von Jochen Ott [SPD])

Ich rufe auf:

2 Ministerpräsident Wüst muss Blockade beim Bürgergeld beenden!

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/1444

Die Fraktion der SPD hat mit Schreiben vom 31. Oktober 2022 gemäß § 95 Abs. 1 der Geschäftsordnung zu einer aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Wir kommen zur Aussprache. Diese beginnt mit dem Antragsteller, mit dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Thomas Kutschaty. Bitte schön.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Thomas Kutschaty^{*)} (SPD): Vielen Dank. – Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Knapp 3,7 Millionen Menschen beziehen in diesem Jahr in Deutschland Leistungen nach ALG II. Viele weitere Menschen machen sich im Augenblick Sorgen um ihren Arbeitsplatz. Die vielen wirtschaftlichen Krisen machen Angst in der Bevölkerung. Viele sind in Sorge, ebenfalls ALG II beziehen zu müssen.

Versetzen wir uns mal in die Situation dieser Menschen. Was heißt das? Für einen Alleinstehenden heißt das, von 450 Euro im Monat zu leben. Für die allermeisten von uns ist das wohl unvorstellbar. Deswegen ist es gut, dass die Bundesregierung, bestehend aus SPD, Grünen und FDP, ein großes Reformgesetz in den Deutschen Bundestag eingebracht hat, nämlich die Einführung des Bürgergelds. Die 3,7 Millionen Menschen hoffen jetzt schon, zum 1. Januar nächsten Jahres rund 50 Euro mehr im Portemonnaie zu haben. Für uns hier ist das vielleicht ein verschwindend kleiner Betrag, für die betroffenen Menschen ist es eine ungemein wichtige Summe, gerade in diesen schwierigen wirtschaftlichen Zeiten.

Was passiert jetzt? Anstatt uns alle gemeinsam unterzuhaken und zu sagen: „Ja, auch für die Menschen gibt es in dieser Krise etwas“, droht die Union